

## Die Türkei als islamischer Staat und ihre außenpolitische Agenda

*Ulrich Schlie*

### I.

Der enge Zusammenhang zwischen innerstaatlichem Systemwandel und außenpolitischen Zielen wird mit Blick auf die heutige Türkei besonders deutlich. Denn die Dynamik der türkischen Außenpolitik kann ohne eine nähere Betrachtung ihrer vielfältigen, bisweilen irritierenden, sich jedenfalls nicht ohne weiteres erschließenden Aktionen, Volten und Kurswechsel nur im Zusammenspiel von innenpolitischem Staatsumbau, zunehmender Islamisierung und der geopolitischen Neupositionierung des Landes begriffen werden. Der in der Literatur wiederholt dargestellte tiefgreifende Transformationsprozess, der die politischen Institutionen des Landes insbesondere in den letzten zehn Jahren erfasst und zu einer nachhaltigen Veränderung der politischen Konfiguration geführt hat, ist aufs engste mit dem Aufstieg der AKP und der zunehmenden Bedeutung des Islams für das Land verbunden.<sup>1</sup> Der Umbau der türkischen Gesellschaft und die außenpolitische Agenda Präsident Erdogans sind dabei als Einheit zu betrachten. Damit kann auch das methodische Aufbauprinzip der hier vorgelegten Analyse, zunächst die türkische Außenpolitik insbesondere in ihren vielfältigen Beziehungen zur islamischen Welt darzustellen und sodann die türkische Innenpolitik, den Staatsumbau, das Verhältnis zum Islam – wiederum im Schwerpunkt in ihren Bezügen zur außenpolitischen Agenda des Landes – zu betrachten, nicht trennscharf durchgehalten werden.

Von grundlegender Bedeutung ist übergreifend das gewachsene Selbstverständnis der Türkei, die sich als Brücke zwischen Europa und Asien versteht, darin auch ihren strategischen Wert als Mitglied der Nordatlantischen Allianz seit 1952 definiert, sich in wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung als ganz dem Westen zugehörig begreift, zu-

---

<sup>1</sup> Vgl. Gieler, *Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik zwischen „Neo-Osmanismus“ und „regionalem Führungsanspruch“ – eine Bestandsaufnahme*, in Leißle (Hrsg.), *Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken*, 2013, S. 37ff.

gleich aber durch den Islam mit den Staaten Nordafrikas und des Vorderen Orients und über die Arabische Liga mit dem Iran verbunden ist. Der Zerfall der Sowjetunion hat nicht nur die geopolitische Bedeutung der Türkei in Zentralasien gestärkt, sondern auch die kulturelle und religiöse Verbundenheit des Landes mit den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Turkmenistan, hervorgehoben. Im gleichen Zeitraum haben sich die seit dem Assoziierungsabkommen des Landes mit den Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1963 mit hohen Erwartungen verbundenen Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten deutlich abgekühlt.<sup>2</sup> In dieser geopolitischen Machtkonstellation ist die heutige Bestimmung der Türkei als islamischer Staat in ihrem außenpolitischen Profil und ihren Ambitionen zu betrachten.

Zunächst zur Frage, inwieweit der heutige außenpolitische Kurs der Türkei mit der zunehmenden Islamisierung des Landes im Zusammenhang steht und ob sich überhaupt in der türkischen Außenpolitik in den letzten knapp dreißig Jahren eine kursbestimmende einheitliche Linie erkennen lässt. Die Beantwortung dieser Frage ist an eine Darstellung der grundlegenden Züge der türkischen Außenpolitik geknüpft und versucht insbesondere, die Haltung zu islamisch geprägten außenpolitischen Akteuren vor dem Hintergrund der weltpolitischen Verschiebungen und zunehmenden Unsicherheiten mit Blick auf Bündnisse, Foren und supranationale Einheiten wie Nordatlantische Allianz, Vereinte Nationen und Europäische Union ins Visier zu nehmen. Die Türkei hat durch die geopolitische Verschiebung nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einer neuen Lage zwischen Ost und West – an der Schnittstelle zwischen Eurasien, dem Nahen Osten und Nordafrika – finden können. In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Türkei konsequent die sich daraus ergebenden Möglichkeiten im Rahmen einer gestaltenden Außen- und Sicherheitspolitik genutzt und neue Schwerpunkte im zentralasiatisch-arabischen Großraum erschlossen. Im gleichen Zeitraum ist die Türkei mehr und mehr in der Nordatlantischen Allianz und für die Vereinigten Staaten zu einem unberechenbaren Partner geworden.

---

<sup>2</sup> Kramer, *Ist der türkische Beitrittsprozess am Ende?* in: Ebenda, S. 75ff.

Die künftige geostrategische und allianzpolitische Orientierung der Türkei wird deshalb ganz wesentlich die Entwicklungen an Europas Peripherie und im Nahen Osten bestimmen: sie zählt zu den Kernfragen der europäischen Politik. Mit der weiter bevorstehenden Schwerpunktverlagerung der Europäischen Union von ihrer östlichen zu ihrer südlichen Grenze – eine Folge der weltpolitischen Machtverschiebungen und der zunehmenden strategischen Unsicherheiten, die insbesondere mit der Migrationsbewegung und mit der Entwicklung des afrikanischen Kontinents verbundenen sind – wird die geopolitische Bedeutung der Türkei weiter unterstrichen. Die aktuellen politischen Krisen und Auseinandersetzungen bestätigen diese Analyse: der gegenwärtige Streit um Seegebiete im Mittelmeer zwischen der Türkei einerseits sowie Zypern und Griechenland andererseits, bei dem es auch um Öl- und Gasvorräte und die Ausbeutung dieser Ressourcen geht, das zwischen Libyen und der Türkei geschlossene Abkommen über ihre See-grenze und die verschiedenen politischen Streitigkeiten, die etwa mit dem Regelungserfordernis der Flüchtlingsfrage verknüpft sind, verdeutlichen, dass sich die Türkei immer wieder im Zentrum von politischen Auseinandersetzungen befindet. Die Rolle der Türkei bei der massiven Aufrüstung der aserbajdschanischen Armee, die politischen Sonderbeziehungen zu Baku, Waffenlieferungen an radikal-islamische Kräfte in Nordkurdistan oder die Intervention der Türkei in die mehrheitlich kurdisch besiedelte Region Afrin vom März 2018 sind weitere Beispiele für das gewachsene geopolitische Selbstbewusstsein der Türkei.

## II.

Die Türkei ist durch die geopolitische Verschiebung infolge der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 in eine neue strategische Lage zwischen Ost und West versetzt worden. Der Gezeitenwechsel von 1989/90 hat damit der Türkei einen beträchtlichen außenpolitischen Bedeutungszuwachs beschert. Dadurch haben sich für die Türkei eine Reihe bilateraler außenpolitischer Optionen, neue Partnerschaften und Allianzen sowie eine veränderte Rolle in den Foren und Institutionen der internationalen Politik ergeben. Insbesondere in den Vereinten Nationen und in der Nordatlantischen Allianz nimmt die Türkei heute eine deutlich prononciertere Position ein, die je nach Standpunkt als

konturiert oder als unberechenbar-unsolidarisch wahrgenommen wird. Die türkische Staatsführung hat die mit der neuen strategischen Lage verbundenen Möglichkeiten konsequent genutzt und hat dabei insbesondere eine große taktische Finassierfähigkeit mit abrupten Allianzwechseln und offen ausgetragenen Disputen – auch mit engen Verbündeten und im Rahmen von Bündnissen – bewiesen.

Die Dynamik der türkischen Außenpolitik beruht auf dem kausalen Zusammenhang zwischen innenpolitischem Staatsumbau und geopolitischer Neupositionierung. Dabei spielt das Verhältnis der Türkei zum politischen Islam, wie es sich in den regionalpolitischen Ambitionen im Nahen und Mittleren Osten und in Zentralasien äußert, eine besondere Rolle. Gemäß der geostrategischen Lage der Türkei und den nationalen Interessen vollzieht sich diese Neupositionierung insbesondere mit Blick auf den Balkanraum, den Nahen Osten und den Kaukasus, auf den Schwarzmeerraum, das östliche Mittelmeer, die Golfregion und das Kaspische Meer, berücksichtigt aber zunehmend auch die Rolle der Türkei in Afrika und Zentralasien – allesamt ihrerseits Regionen, in denen eine neue strategische Positionierung der Türkei mit Konsequenzen für die Rolle des Landes in der Nordatlantischen Allianz verbunden ist. Der graduelle weltpolitische Rückzug der Vereinigten Staaten, die zunehmende Systemkonkurrenz und Multipolarität in einer postamerikanischen Welt haben dabei die türkische Neupositionierung begünstigt.

Diese Machtverschiebungen sind nicht ohne Rückwirkungen auf das Verhältnis der Türkei zu den Vereinigten Staaten von Amerika und die Rolle des Landes in der Nordatlantischen Allianz geblieben, der sie seit 1952 als Mitglied angehört. Dort hat sie aufgrund ihrer geostrategischen Position immer eine besondere Rolle gespielt, war jedoch – ungeachtet wiederholter innenpolitischer Erschütterungen in Folge von Staatsstreich und Putschversuchen – in ihrem grundlegenden Bekenntnis zur atlantischen Wertegemeinschaft und zur Freundschaft mit den Vereinigten Staaten unverbrüchlich. Ihre schiere Größe, ihr militärisches Potential und ihre geostrategische Lage als Brücke zu Asien und in der Nachbarschaft zur Sowjetunion an der Südostflanke des Nordatlantischen Bündnisses haben ihre strategische Relevanz begründet. Für ihre klare Westorientierung bezahlte die Türkei in der arabischen Welt zunächst den politischen Preis von Isolierung und Misstrauen.

Die Türkei hatte Israel noch vor dessen offizieller Aufnahme in die Vereinten Nationen bereits 1949 anerkannt und als erstes muslimisch geprägtes Land diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Erst in Zusammenhang mit der Enttäuschung über die westliche Zypernpolitik sollte die Türkei später ihre Beziehungen zur arabischen Welt intensivieren.

Der Gezeitenwechsel von 1989/90 ging zunächst mit Blick auf die türkische Rolle in der Allianz scheinbar unbeachtet vorüber, da in den 1990er Jahren die Frage der innen- und außenpolitischen Orientierung der Türkei nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit des Bündnisses stand. Die besondere Rolle der Türkei im Kalten Krieg, wo das Land innerhalb der Allianz den Ruf eines zwar schwierigen und innenpolitisch – gemessen an den demokratischen Wertebekennnissen des Bündnisses – nicht immer vorbildhaften Partners eingenommen hatte, hat wesentlich auch dazu beigetragen, dass der grundlegende strategische Wandel und die Neupositionierung der Türkei in den aufeinander bezogenen Bereichen der Innen- und Außenpolitik zu spät und analytisch nicht klar genug wahrgenommen wurde. Für einen relativ langen Zeitraum wurde infolge der Fokussierung auf die strategisch als vorrangig erachteten Fragen der Erweiterung des Bündnisses sowie des Verhältnisses gegenüber Russland die Beschäftigung mit der Türkei vernachlässigt. Mit Blick auf die Erfüllung der Zweiprozentregel und die Beiträge als Truppensteller zu den Operationen der Allianz – insbesondere bei IFOR, SFOR, KFOR und EUFOR-Althea – konnte das Beispiel der Türkei im Bündnis als geradezu vorbildhaft angesehen werden.

Den eigentlichen Einschnitt in den Beziehungen der Türkei zur Nordatlantischen Allianz bildete der Beschluss des türkischen Parlaments vom 1. März 2003, in dem die Stationierung von amerikanischen Verbänden zur Vorbereitung der Bodenoffensive im Norden Iraks auf türkischem Boden abgelehnt wurde. Im Rückblick enthält das damals beobachtete Verhaltensmuster bereits wesentliche Elemente, die seitdem die türkische Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder charakterisieren und in der Summe dazu beigetragen haben, dass die heutige Rolle der Türkei in der Nordatlantischen Allianz gleich in mehrfacher Hinsicht ambivalent erscheint und zu der Einschätzung berechtigt, dass die

Türkei heute für den inneren Zusammenhalt und die strategische Entwicklung des Nordatlantischen Bündnisses eine zunehmende Belastung darstellt. Dieser Befund wird durch das Ringen der Türkei in den internen Auseinandersetzungen im Bündnis um eine einvernehmliche Position in zentralen Konflikten der letzten Jahre unterstrichen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und den europäischen Nato-Verbündeten haben dabei in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, das geeignet ist, die Funktionsfähigkeit der Allianz zu beeinträchtigen. Es zählt zu den Charakteristika dieser Konflikte, dass es sich dabei um zentrale politische Positionierungen des Bündnisses – etwa zum Syrienkrieg oder mit Blick auf die humanitäre Katastrophe in Libyen – handelt, wobei in den meisten der kontroversen Fälle das Verhältnis des Bündnisses zu Russland oder bilaterale Fragen der Beziehungen zu Russland berührt werden. Im Resultat haben diese Bewertungsfragen ihrerseits zu Streitpunkten im Binnengefüge der Allianz, im Streitkräfteplanungsprozess, bei Stationierungs- und Dislozierungsfragen oder bei Fragen der alliierten Kommandostruktur und der Arbeitsmechanismen des Bündnisses geführt.

Auch in den vergangenen Jahren hat die Türkei wiederholt den politischen Konsens im Bündnis getestet. In jüngster Zeit standen dabei immer wieder die türkisch-russischen Beziehungen im Zentrum. Schon im Dezember 2017 hat die Türkei den Kauf des russischen Flugabwehrsystems S-400 in Höhe von 2,5 Mrd. \$ bestätigt. Im März 2019 suspendierte der US-Senat den Erwerb des F35-Jets von Lockheed Martin seitens der Türkei, solange die Pläne zum Kauf des russischen S-400-Systems aufrechterhalten blieben. Im April 2019 schlug die Türkei den USA die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Feststellung der Unbedenklichkeit des S-400-Systems für US- und Nato-Militär vor. Die USA schlossen daraufhin die Beteiligung der Türkei an der Produktion und Entwicklung des Kampffjets F-35 aus. Am 12. Juli 2019 bestätigte das türkische Verteidigungsministerium das Eintreffen erster S-400-Systeme in Ankara.<sup>3</sup> Im Oktober 2020 bestätigten sodann die türkische Regierung und der türkische Präsident Erdogan den erfolgreichen Test des russischen S-400 Luftabwehrsystems. Am 14. Dezember 2020 kündigte die amerikanische Regierung an, weitere Sanktionen gegen die

---

<sup>3</sup> Reuters, Timeline, *Turkey's path to buying Russian air defense systems – and possible U.S. sanctions*, 22. Juli 2019.

Türkei im Zuge der Beschaffung und des Testens des russischen S-400-Luftabwehrsystems zu verhängen.<sup>4</sup> Die Kooperation mit Russland, die im Kauf der russischen S-400-Abfangraketen ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hat, wird durch eine Reihe von militärtechnischen Rüstungskooperationsabkommen und Vereinbarungen über nachrichtendienstliche Zusammenarbeit begleitet, die die Türkei in die Lage versetzten, gegenüber anderen Nato-Partnern eine privilegierte Position einzunehmen. Im Zusammenhang seiner zunehmend aggressiven Sicherheits- und Energiepolitik und den Bemühungen um Russland hat die türkische Verteidigungspolitik im März 2019 im Rahmen des größten Seemanövers ihrer Geschichte die gleichzeitige Einsatzfähigkeit ihrer Marine im Schwarzen Meer, in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer demonstriert und dies zu einer Leistungsschau der Möglichkeiten der heimischen Rüstungsindustrie gestaltet.

Im Zusammenhang mit dem von Konkurrenz und Partnerschaft zugleich geprägten türkisch-russischen Verhältnis sind auch die türkischen Bestrebungen zu sehen, in Libyen einen Luft- und Marinestützpunkt zu errichten. Die damit verbundenen Entscheidungen haben seinerzeit auch mit zu verantworten, dass die Türkei ihren Angriff auf die Hafenstadt Sirte nicht bereit war zu stoppen, da in circa 300 Kilometer Entfernung von Sirte in Al-Dschufra ein russischer Militärstützpunkt entstehen sollte, von dem aus eine dauerhafte russische Kontrolle der Region angestrebt wird. Das türkische Parlament hatte in einer Sondersitzung am 2. Januar 2020 mit großer Mehrheit für eine Militärintervention in Libyen gestimmt (325 Ja-Stimmen; 184 Nein-Stimmen). Die Versendung türkischer Truppen nach Libyen erfolgte am 5. Januar 2020. Mit der Truppenentsendung sollte die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) von al-Sarradsch gefestigt und in ihrer Auseinandersetzung mit den von Russland unterstützten Verbänden General Haftar unterstützt werden.<sup>5</sup> Die Bemühungen der Türkei um Konsoli-

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Forrester, *US government sanctions Turkey over S-400 buy*, 15. Dezember 2020.

<sup>5</sup> Wie Aufnahmen des U.S. Africa Command (AFRICOM) zeigen, nutzt die Russische Föderation den Militärstützpunkt „al-Jufra“: Im August verlief die Frontlinie zwischen den beiden Konfliktparteien und ihrer internationalen Unterstützer zwischen Sirte und dem Stützpunkt „al Jufra“.

dierung und Ausweitung seiner militärischen Präsenz in Libyen bestätigen das wiederholt erkennbare Muster der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, Fragen der nationalen Sicherheitspolitik mit europäischen Fragen und zugleich mit Nato-Fragen zu verbinden. Das Ringen zwischen der Türkei und Russland ist insbesondere vor dem Hintergrund der Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer zu sehen.<sup>6</sup>

Gerade die türkischen regionalpolitischen Ambitionen in den islamisch geprägten Staaten Zentralasiens haben in letzter Zeit immer wieder für Dissens mit den Nato-Verbündeten gesorgt. Beispielhaft dafür sind Beratungen im Nato-Rat in Folge der offenen türkischen Unterstützung Aserbaidschans in der Auseinandersetzung um die Enklave Berg-Karabach, die im November 2020 aufgrund einer auf russische Vermittlung zustande gekommenen Übereinkunft beendet werden konnte. Die Türkei zählt dabei zu den offenkundigen Nutznießern dieser Vereinbarung. Die Rolle der Türkei wurde im Bündnis wiederholt diskutiert, und sie war auch bei den Gesprächen von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu am 5. Oktober 2020 thematisiert worden.<sup>7</sup>

### III.

Zu den einschneidendsten und folgenreichsten Konsequenzen der zunehmenden Entfremdung der Türkei von der großen Mehrheit der Mitglieder im Bündnis zählen die Rückwirkungen auf das türkisch-amerikanische Verhältnis. Wenn man die Entwicklung der türkisch-amerikanischen Beziehungen seit den frühen 1990er Jahren betrachtet, so verhalten diese sich spiegelbildlich zur Rolle der Türkei in der Nordatlantischen Allianz. Die durch das Truppenstationierungsveto des türkischen Parlaments im Jahr 2003 belasteten Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten wollte US-Präsident Barack Obama mit seinem Besuch in Ankara am 6. April 2009 und dem Angebot des ursprünglich von Philip H. Gordon geprägten Begriffs der Modellpartnerschaft für einen Neuanfang in den amerikanisch-türki-

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu den Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, *Inside Libya. Annual Review in Libya 2020*.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Pressekonferenz von Jens Stoltenberg und Mevlüt Cavusoglu am 5. Oktober 2020 zum Berg-Karabach-Konflikt von 2020.



schen Beziehungen nutzen. Präsident Obama hat damals tief in die Tasten gegriffen: „Turkey is a critical ally. Turkey is an important part of Europe. And Turkey and the United States must stand together, and work together to overcome the challenges of our time. ... Turkey’s greatness lies in your ability to be at the center of things.“<sup>8</sup> Mit dieser Sichtweise hatte Obama das türkische Bedürfnis nach einer angemessenen Würdigung erfüllt und dabei nicht zuletzt auch Argumente aufgegriffen, die der Vordenker der türkischen Außenpolitik, Ahmed Davotuglu, seit 2002 außenpolitischer Chefberater der AKP-Regierung und später Außenminister, in seinem Buch „Strategische Tiefe“ und in zahlreichen Aufsätzen formuliert hatte.<sup>9</sup> Davotuglus Konzeption sollte die von ihm identifizierte Strategielücke der türkischen Außenpolitik schließen und gleichzeitig die Abkehr von der als einseitig charakterisierten Westorientierung zugunsten einer außenpolitischen Optionenvielfalt einleiten.

Es waren insbesondere die geostrategischen Entwicklungen im Gefolge des arabischen Frühlings, die zu einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten und zu erneuten Belastungsproben geführt haben. Dazu zählen insbesondere die türkisch-brasilianischen Vermittlungsbemühungen im UN-Sicherheitsrat bei der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm oder die türkisch-israelische Auseinandersetzung um Mavi Marmara, als im Mai 2010 acht türkische Staatsbürger von israelischen Marinesoldaten getötet wurden, während diese versuchten, die Blockade zu sprengen.

Wie sehr innerstaatlicher Systemwandel und internationale Konstellationen zusammenhängen, wird mit Blick auf die türkisch-amerikanischen Beziehungen sichtbar, wenn das Ausmaß der Belastungen ermes- sen wird, die von innenpolitischen Spannungen in der Türkei hervorgerufen worden sind. Auch die wiederkehrenden innenpolitischen Spannungen in der Türkei haben sich wiederholt als Belastungsprobe für die türkisch-amerikanischen Beziehungen erwiesen. Dies gilt insbesondere für die Ereignisse des Sommers 2013 im Istanbuler Gezi-Park,

---

<sup>8</sup> Ansprache Präsident Barack Obamas an das türkische Parlament, Ankara 6. April 2009.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Davotuglu, „Strategic Depth. A Neo Ottomanist Interpretation of Turkish Eurasianism“, *Mediterranean Quarterly*, Bd. 25 (2), S. 85-104.

als die Proteste gegen ein unmittelbar an den Taksim-Platz angrenzendes geplantes Bauprojekt von türkischen Ordnungskräften nur gewaltsam durch einen Militäreinsatz beendet werden konnten und in mehreren türkischen Großstädten zu Protesten gegen die AKP-Regierung geführt haben.

Den wohl nachhaltigsten Einfluss auf die innere Entwicklung der Türkei im Atlantischen Bündnis ebenso wie auf ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten haben die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Syrienkrieg gehabt. Der Verzicht der Vereinigten Staaten auf eine militärische Reaktion gegen Syrien nach den Giftgasangriffen von Ghuta im August 2013 in allerletzter Minute, obwohl die von Präsident Obama zuvor festgelegte rote Linie überschritten worden war, hat der Türkei die Grenzen der Möglichkeiten einer eigenständigen Syrienpolitik aufgezeigt. Die durch die amerikanische Staatsführung entschiedene militärische Zurückhaltung als Maßgabe stand seinerzeit in deutlichem Gegensatz zu den Empfehlungen der türkischen Diplomatie und Militärführung.

Die Entscheidung der Allianz im September 2014 zum militärischen Vorgehen gegen den Islamischen Staat hat die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei dann weiter vertieft. Wiederum war damals die Türkei nicht bereit gewesen, sich aktiv an der militärischen Operation zu beteiligen. Vorausgegangen war eine amerikanische Position, die von der Türkei als Enttäuschung aufgefasst wurde. Die Vereinigten Staaten hatten zuvor weder der Errichtung einer Puffer- noch einer Flugverbotszone in Nordsyrien zugestimmt. Auch war nichts unternommen worden, um gegen einen kurdischen Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze vorzugehen. Die militärische Expansion des Islamischen Staates seit Sommer 2014 und die Konsequenzen der Migrationsströme aus der Kriegsregion haben dann wiederum die politischen Rahmenbedingungen für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich beeinflusst. Sowohl die russisch-türkische Annäherung nach dem Abschuss eines russischen Militärjets durch türkische Raketen im November 2015 als auch der vor dem Hintergrund der Lage in Syrien und dem Irak sich seit 2012 verstärkende Gegensatz zum Iran in der Wahrnehmung sunnitischer Interessen sind seitdem maßgebliche Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik. Die damit verbundenen Fragen der Rivalität im Nahen Osten sind

– dies zeigt die türkische Politik in der Nordatlantischen Allianz – aus der Perspektive der türkischen Außenpolitik höher zu bewerten als klassische bündnispolitische Positionen.

Mit der Operation *Euphrates Shield* haben zwischen August 2016 und März 2017 türkische Einheiten und Verbände der sogenannten *Freien Syrischen Armee* Kämpfer des IS und Angehörige der Volksverteidigungseinheiten (YPG), aus türkischer Sicht ein syrischer Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), aus einem rund 40 Kilometer tiefen Streifen in Nordsyrien vertrieben. Im Rahmen dieser Aktion kam es erstmalig zu einer Kooperation zwischen türkischen Bodenkraften und russischen Luftverbänden. Dadurch wurde dem amerikanischen Partner signalisiert, dass es für die Türkei eine Alternative zur amerikanischen Luftunterstützung gäbe. Zuvor hatte die Syrien-Politik der Türkei das Land in den Gegensatz zu Iran und Russland gebracht, und auch das Verhältnis zu Ägypten hatte sich weiter abgekühlt. Insbesondere die Erklärung der ägyptischen Muslimbrüder zur Terrororganisation belastete die Beziehungen zu Saudi-Arabien. Die Folgeoperation *Olive Branch* (Januar bis März 2018) konzentrierte sich auf die syrische Region um Afrin und zerschlug die dort zusammengezogenen paramilitärischen Truppenverbände des IS. Bereits im Dezember 2018 kündigte US-Präsident Trump den Abzug amerikanischer Truppen aus Syrien als Folge des Sieges über den IS an. Der US-Truppenrückzug eröffnete der Türkei weitere Handlungsmöglichkeiten. Die im Oktober 2019 begonnene Folgeoperation *Peace Spring* kann deshalb als weiterer Schritt im Zuge des *strategic decoupling* betrachtet werden.<sup>10</sup>

Insgesamt aber hat die amerikanische Syrien-Politik den außenpolitischen Aktionsrahmen der Türkei wesentlich beeinträchtigt. Insbesondere musste Ankara durch die Anerkennung der fortgesetzten Herrschaft Assads die Idee fallen lassen, Syrien unter die Herrschaft der Muslimbrüder zu bringen. Die Einstufung von Al-Nusra als Terrororganisation hat der Türkei einen nachhaltigen Ansehensverlust bei der sunnitisch-islamischen Opposition in Syrien beschert und den türkischen Einfluss im Land weiter geschmälert. Zugleich erfolgte die sich seit 2016 vollziehende Anlehnung der Türkei an Moskau aus der Ein-

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu das Briefing des Europäischen Parlaments, *Turkey's military operation in Syria and its impact on relations with the EU*.

sicht in die reduzierten eigenen Möglichkeiten in Syrien und der Einschätzung, dass die amerikanische Kurdenpolitik aufgrund ihrer geostrategischen Überlegungen eine dauerhafte und nachhaltige Herausforderung für die türkische Innenpolitik bedeuten würde. Verstärkend hat aus türkischer Sicht zur gegenseitigen Entfremdung beigetragen, dass türkische Vorstöße in der Allianz wiederholt ins Leere liefen. So hatte Ankara Ende Februar 2020 vergeblich den Beistand der Allianz eingefordert, als 36 türkische Soldaten bei Gefechten im Zusammenhang mit dem Vormarsch islamistischer Milizen gegen die Assad-Armee in Idlib fielen. Nach den Beratungen im Nato-Rat auf der Grundlage von Artikel 4 des Nato-Vertrags war Generalsekretär Stoltenberg am 28. Februar 2020 lediglich dazu bereit, die Offensive zu verurteilen und an die Einhaltung der völkerrechtlichen Regeln zu appellieren, ohne Konsequenzen für die Sicherheitsarrangements der Allianz in der Region zu ziehen.<sup>11</sup>

Der Syrien-Konflikt hat damit ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Türkei ihrer zentralen Rolle im Nahen Osten – einschließlich der damit verbundenen Gefährdungen – noch stärker bewusst geworden ist, eine Rolle, die sie im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei über die Migrationsfrage im Jahr 2016 zielbewusst und auf den eigenen Vorteil pochend ausgespielt hat. Zu den einschneidenden Erfahrungen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zählt dabei, dass die Türkei immer wieder im Zusammenhang mit den politischen und militärischen Entwicklungen im Nahen Osten die Grenzen ihrer Möglichkeiten erfahren muss. Auch innenpolitische Maßnahmen wie die Erklärung der Gülen-Bewegung zur Fethullahistischen Terrororganisation durch die AKP Regierung und die Kampagne Präsident Erdogans gegen seinen seit 1999 im selbstgewählten Exil in Pennsylvania lebenden einstigen Weggefährten Fethullah Gülen hat weiter das Verhältnis zwischen den Staaten und der Türkei im Nachgang zum Putschversuch von 2016 belastet. Die Gesamtheit dieser Entwicklungen hat im Resultat zu einem weiter zunehmenden Dissens der Türkei mit den Vereinigten Staaten und den europäischen Partnern geführt. Die Entfremdung zwischen Ankara und Washington hat in der Zwischenzeit ein Ausmaß erreicht, dass

---

<sup>11</sup> Vgl. hierzu das Statement des Generalsekretärs der NATO nach den Konsultationen zu Artikel 4 am 28. Februar 2020.

hochrangige US-Diplomaten mit der Einschätzung zitiert werden: „In short, Ankara wonders if Washington cares about its security needs, and Washington wonders if Ankara is a reliable ally.“<sup>12</sup> Auch unter Präsident Biden ist nach den ersten Stellungnahmen seiner Regierung nicht damit zu rechnen, dass sich die kritische Sicht auf den Bündnispartner Türkei wandelt, im Gegenteil. Die erstmalige wörtliche Benennung des Völkermords an den Armeniern im Jahr 1915 durch Präsident Biden in seiner Stellungnahme zum Jahrestag markiert einen weiteren Einschnitt in den türkisch-amerikanischen Beziehungen. Die Äußerung wurde in Ankara als Brüskierung verstanden und wird, jedenfalls vorläufig, zu einer Klimaverschlechterung im Verhältnis führen.<sup>13</sup> Das von Präsident Trump bei seinen Zusammenkünften mit Präsident Erdogan bisweilen ostentativ zur Schau gestellte Einvernehmen der „starken Männer“ gehört damit heute einer bereits abgeschlossenen Phase der türkisch-amerikanischen Beziehungen an.

Neben der sich entwickelnden Partnerschaft mit Russland, die sich auch darin äußert, dass sich die Türkei zu einem Energiedrehkreuz für russisches Erdgas entwickelt hat, nimmt die Türkei auch in der Zusammenarbeit mit China in zunehmendem Maße eine strategische Schlüsselrolle ein, die das Land von gemeinsamen Positionen des Westens entfernt. So ist etwa geplant, das osttürkische Kars mit der Schiene an das chinesische Xi'an im Rahmen des Seidenstraßenprojekts zu verbinden und den Ausbau des Flughafens Istanbul als europäisch-asiatisches Drehkreuz weiter konsequent fortzusetzen. In welchem Umfang die türkische Führung dabei bereit ist, bestehende Grundsätze über Bord zu werfen, mag auch daran ersichtlich sein, dass sich die türkische Regierung bislang nicht dazu durchringen konnte, die Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Zentralregierung in der Provinz Xinjiang gegen die türkischstämmige muslimische Minderheit der Uiguren zu thematisieren. Diese für die Türkei bezeichnende Flexibilität kommt

---

<sup>12</sup> Zit. nach Johnson und Gramer, „Who Lost Turkey? The blame for Ankara's antagonistic stance to Washington lies with both sides, a product of decades of misunderstandings“, *Foreign Policy*, (19. Juli 2019).

<sup>13</sup> „Each year on this day, we remember the lives of all those who died in the Ottoman-era Armenian genocide and recommit ourselves to preventing such an atrocity from ever again occurring.“ Statement by President Joe Biden on Armenian Remembrance Day, April 24, 2021; vgl. zur Türkei-Politik der Regierung Biden Gramer und Livingstone und Detsch, *Biden Gives Turkey the Silent Treatment*, 3.3.2021.

auch darin zum Ausdruck, dass die Türkei trotz ihrer Annäherung an Russland in einem Richtungsschwenk nun auch jüngst die Nähe zur Ukraine sucht und sich nachdrücklich für eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft einsetzt. Auch im Falle der türkisch-ukrainischen Beziehungen stehen Rüstungsfragen im Vordergrund. Die Türkei liefert der Ukraine ihre bereits im Syrien- und Libyenkrieg und zuletzt in Bergkarabach erprobten Drohnen des Typs Bayraktar TB-2 und zeigt sich ihrerseits an den Produkten der ukrainischen Rüstungsindustrie interessiert. Diese politischen Rahmenbedingungen werden sowohl für die Arbeitsmechanismen innerhalb der Nordatlantischen Allianz als auch mit Blick auf die Verständigung auf einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die künftige Ausrichtung des Bündnisses erhebliche Schwierigkeiten nach sich ziehen. Die in Jahrzehnten bewährte Einbindung der Türkei in die Gremienarbeit der Nordatlantischen Allianz, in die fortlaufenden Konsultationen, in die tägliche Zusammenarbeit in integrierten Stäben und Verbänden haben ein Geflecht ergeben, in dem die Türkei mit ihren europäischen Partnern zwar nicht immer reibungslos, aber grundsätzlich vertrauensvoll zusammenarbeiten kann. Die insbesondere mit der politischen Situation in Syrien, Libyen und im Kaukasus verbundene Frage der unterschiedlichen Sicherheitsinteressen – vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei – bleiben allerdings fortbestehen und werden sich in der Zukunft eher verstärken. Der in Artikel 4 des Washingtoner Vertrages vorgesehene Konsultationsmechanismus kann vor diesem Hintergrund seine vollumfängliche Wirkung entfalten, weil er geeignet ist, auch die im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen der Europäischen Union und der Türkei anstehenden Streitpunkte im Nato-Rat zu konkretisieren, wenn diese Streitpunkte so gravierend erscheinen, dass sie die Solidarität, den inneren Zusammenhalt und die Wirksamkeit der Allianz als Ganzes betreffen. Insbesondere das Syrien-Problem ist in der Vergangenheit im Nato-Rat immer wieder Gegenstand von vertraulichen Konsultationen gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen der Nato und der Europäischen Union ist dabei mit Blick auf größere Effizienz und Arbeitsteilung von grundsätzlicher Bedeutung für die Fortentwicklung beider Organisationen. Dies betrifft insbesondere die gegenseitige Abstimmung der Streitkräfteplanungsprozesse und die damit verbundene Ausrichtung der Streitkräftefähigkeiten.

Das absehbare Ringen um die Zukunft der Allianz als zentralen Sicherheitsanker und als Verbindungsstück zwischen Europa und Amerika wird die Türkei weiter ins Zentrum der strategischen Debatten rücken. Die mit diesen Entwicklungen verbundene Stärkung der Schlüsselposition der Türkei wird sich innerhalb der Allianz als zunehmende Herausforderung erweisen und wird zugleich die wiederholt auf den Prüfstand gesetzten türkisch-amerikanischen Beziehungen weiter auf die Probe stellen. Die damit verbundenen Spannungen werden voraussichtlich zu einer weiteren Entfremdung der Türkei von den europäischen Nato-Staaten – insbesondere von Frankreich und Deutschland – führen und die islamische Orientierung der AKP weiter vorantreiben. Zugleich bilden die sich verschärfenden innen- und wirtschaftspolitischen Turbulenzen eine echte Herausforderung für die türkische Staats- und Parteiführung und laufen Gefahr, einen weiter radikalisierenden Effekt zu entfalten, indem sie die Zuflucht zu scheinbar einfachen Lösungsvorschlägen favorisieren. Der angestrebte Vorbildcharakter der Türkei für die arabische Welt wird dadurch leiden. Der Export von Radikalisierungstendenzen, die Austragung von Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern eines radikalen islamischen Fundamentalismus insbesondere auch in den Staaten Westeuropas werden dadurch begünstigt. Würde es den Interessen Erdogans dienen, dann wäre auch ein Austritt aus der Nato für die türkische Außenpolitik kein Tabu. Noch aber deutet nichts darauf hin, dass diese Radikalooption in Ankara ernsthaft in Betracht gezogen werden könnte, weil die Türkei mit der bislang praktizierten Strategie der Maximalpositionierung wiederholt bündnispolitische Vorteile eingeheimst hat. Der türkische Nato-Kurs und die aktuellen Streitpunkte in der Auseinandersetzung zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie die türkische Rüstungspolitik – insbesondere die Scharfstellung der S-400-Raketen – sind dabei als Gesamtheit zu betrachten. Wie sehr die Türkei zu dieser Sichtweise neigt und dabei die unterschiedlichen Bereiche miteinander verbindet, um ihre politischen Ziele zu erreichen, wurde im Jahr 2017 deutlich, als die Türkei im Bündnis mit Veto durchsetzte, österreichische Militärs nicht mehr mit den Angehörigen von Nato-Mitgliedstaaten gemeinsam üben zu lassen und von allen wichti-

gen Partnerschaftsprogrammen der Allianz (dem sogenannten *Partnership Operation Manual*) auszuschließen, weil Wien sich zuvor für einen Abbruch der Beitrittsgespräche mit der Türkei ausgesprochen hatte.<sup>14</sup>

### III.

Über Jahrzehnte konnte während des Kalten Krieges eine zunehmende Erstarkung des Islams in der Türkei beobachtet werden<sup>15</sup>, ohne dass die von Atatürk mit der Staatsgründung 1923 geprägte Identität des Landes als islamischer Staat berührt oder gar der Zugriff der Religion auf die Legislative ermöglicht worden wäre.<sup>16</sup> Zur religiösen Rückbesinnung zählte beispielsweise die obligatorische Wiedereinführung des Religionsunterrichts an allen Schulen im Jahr 1982 und die Veränderung des türkischen Parteiensystems, wie sie am deutlichsten im Dezember 1995 mit dem Wahlsieg der islamistischen Wohlfahrtspartei Refach Partisi und der Ernennung von dessen Vorsitzendem Necmettin Erbakan zum Ministerpräsidenten zum Ausdruck kam. Auch der von den Militärs erwirkte Rückzug Erbakans und das Verbot seiner Partei im darauffolgenden Jahr durch das türkische Verfassungsgericht änderten nichts daran.

Der Wahlsieg von Recep Tayyip Erdogan und dessen „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“ AKP am 3. November 2002 leitete eine neue, bis heute anhaltende Phase im Verhältnis zwischen Religion und Politik in der Türkei ein. 2002 hatte die neu gegründete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) unter Führung von Recep Tayyip Erdogan einen Moment der Schwäche der bis dahin etablierten Parteien zum Machtwechsel genutzt, und dies zu einem Zeitpunkt, als eine Reihe von Korruptionsskandalen zu einem Vertrauensverlust bei den Stimmbürgern geführt und die Bereitschaft gefördert hatte, auf unverbrauchte Köpfe der AKP zu setzen. Die Gründung der AKP im Mai 2000 war als Gegengewicht zur islamistisch orientierten Nationalen Ordnungspartei MNP erfolgt. Sie verstand sich damals als neue Mitte-Rechts-

---

<sup>14</sup> Vgl. hierzu Schlitz, *Erdogan löst wegen Österreich Eklat bei der Nato aus*, 23. Mai 2017.

<sup>15</sup> Vgl. Yavuz, *Islamic Political Identity in Turkey*, 2003.

<sup>16</sup> Zum folgenden grundlegend Spuler-Stegemann, *Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: 1. Türkei*, in Werner und Steinbach, *Der Islam in der Gegenwart. Entwicklungen und Ausbreitung: Kultur und Religion*; Staat, Politik und Recht, 5. Aufl., 2005, S. 229ff.



Bewegung, die aus den Erfahrungen Erbakans ihre Lehren gezogen hatte und bezeichnete sich als eine islamische demokratische Partei.<sup>17</sup> Es entspricht dem Selbstverständnis der AKP als „revolutionärer Partei“, „die nicht von ‚oben nach unten‘, sondern mit der Hilfe der Gesellschaft von ‚unten nach oben‘ das Land verändern will“<sup>18</sup>, dass sie einerseits den Modernisierungsprozess des Landes erfolgreich hin zu dem visionären Programm einer „neuen Türkei“ vorantrieb und zugleich den noch verbliebenen kemalitisch orientierten Kräften – insbesondere in den Streitkräften und in der Beamtenschaft – rücksichtslos den Kampf ansagte. Der gescheiterte Militärputsch des Jahres 2016 und die darauf folgenden Säuberungswellen in Militärwesen, Politik, Beamtenschaft und Medien nutzte Erdogan auf der Legitimitätsstiftenden Grundlage des Verfassungsreferendums des Jahres 2017 zur Umwandlung des parlamentarischen in ein präsidentiales Regierungssystem mit Exekutivvollmachten. Die Verfassungsänderung des Jahres 2017 bedeutete einen tiefgreifenden Bruch mit einer auf den Staatsgründer zurückgehenden und den westlichen Demokratien verbundenen Verfassungstradition. Die Rückbesinnung auf einen sunnitisch-muslimischen Neo-Imperialismus, der eine islamische Überlegenheitssehnsucht zum Ausdruck bringt, greift der Entwicklung zu einem autoritären Staat vor, die in der Literatur als „neo-osmanische Versuchung“ beschrieben worden ist.<sup>19</sup>

Die innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere die durch die Abwertung der Lira verursachte tiefgreifende Wirtschaftskrise haben dazu geführt, dass nach einer Phase der Konsolidierung der Partnerschaften mit dem Westen in den Nullerjahren die AKP-Führung heute ein aktives und bisweilen auch aggressives außenpolitisches Engagement mit Rechtfertigungsbezügen, die sich aus der imperialen Vergangenheit des Osmanischen Reiches ableiten und die Zugehörigkeit des Landes auch zur islamischen Welt betonen, erkennen lässt. Nationale und religiöse Antriebskräfte gehen dabei ineinander über. Gerade die Verbindung von türkischem Nationalismus und islamischem Glauben erscheint aus AKP-Sicht geeignet, nationale

---

<sup>17</sup> Vgl. Yoldas, *Das türkische Parteiensystem im Wandel*, in Leißle (Hrsg.), *Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken*, 2013, S. 235.

<sup>18</sup> Ebd. S. 236.

<sup>19</sup> Schwerin, *Die neo-osmanische Versuchung*, 2017.

Identifikationskräfte freizusetzen. Der damit einhergehende Strukturwandel wird besonders in der Bildungspolitik deutlich. Die massive Förderung von Imam-Hatip-Schulen, die Einführung von Wahlfächern „Koran“ und „Leben des Propheten Mohammed“ sowie die Kampagne zur Aufhebung des Kopftuchverbotes sollen der Heranziehung einer religiösen Jugend dienen und widersprechen in Geist und Buchstabe den Vorgaben der kemalistischen Verfassung. Das Verfassungsgericht hat 2008 in dem nur knapp gescheiterten Verbotsverfahren gegen die AKP deren Islamisierungstendenzen offengelegt.<sup>20</sup>

Auch die Versuche, die Unabhängigkeit der Justiz durch die Verfassungsänderung des Jahres 2017 durch die Einführung eines „Rats der Richter und Staatsanwälte“ zu beschneiden und die umfassende Erweiterung der Befugnisse des Nachrichtendienstes MIT, dessen Agenten auf der neuen gesetzlichen Grundlage eine de facto strafrechtliche Immunität zugestanden wird, haben nicht dazu beitragen können, dass die Machtbasis von Staatspräsident Erdogans AKP signifikant erweitert werden konnte. Auf den wachsenden Vertrauensverlust der AKP bei der „Generation Z“ – bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2023 werden sich mehr als 6.5 Mio. Erstwähler beteiligen – versucht die AKP einerseits durch gezielte Mobilisierung in den Sozialen Medien, andererseits durch drakonische Maßnahmen wie beispielsweise Einschränkung der Netze zu reagieren, um die um sich greifende Machterosion zu bekämpfen.

In zahlreichen wissenschaftlichen und publizistischen Deutungen der Türkei wird ein Zusammenhang zwischen den hier skizzierten inneren Entwicklungen und der Beobachtung einer zunehmenden außenpolitischen Unberechenbarkeit festgestellt.<sup>21</sup> Es zählt dabei zu den einhelligen Befunden, dass seit der Machtübernahme durch die AKP im November 2002 der innen- und außenpolitische Umgestaltungsprozess und die damit einhergehende politische Neuorientierung der Türkei konsequent fortgesetzt wird. Dabei hat der Islam mehr und mehr an

---

<sup>20</sup> Vgl. dazu Hale, *Christian democracy and the GDP*, in Yavuz (Hrsg.), *The emergence of a new Turkey. Democracy and the AK Party*, 2006.

<sup>21</sup> Vgl. Karg, *Von der Verfassungskrise zur pandemiebedingten Rezession – innenpolitische Rahmenbedingungen in der „Neuen Türkei“*; Çiçek, *Türkei – autoritäre Tendenzen im Inneren, expansive nach außen?* in: Schlie (Hrsg.), *Grossmacht Türkei? Eine kritische Bestandsaufnahme*, 2021.

politischer Bedeutung gewonnen und die seit der Staatsgründung angelegte Entwicklung zu einem säkularen Staat sistiert. Die Türkei präsentiert sich heute als islamisches Land mit einer religiös ausgerichteten Regierung, die einen zunehmend nationalistischen, politisch unberechenbaren Kurs verfolgt, der sich vorrangig an nationalen Interessen orientiert und als Abkehr von der westlichen Wertegemeinschaft verstanden werden kann. Dies hat auf Seiten der türkischen Staatsführung zu einer Reihe von politischen Fehleinschätzungen, überzogenen Forderungen und prestigeorientierten Akzentsetzungen geführt, aber zugleich auch deren Fähigkeit zu abrupten diplomatischen Kurswechseln, überraschenden Wendungen und politischen Neuorientierungen gezeigt.

Die Demokratisierungsbemühungen bleiben damit nicht nur unvollkommen, fehlende Transparenz, ein um sich greifender Populismus und die zunehmende politische Gleichschaltung von Eliten sind für ein zunehmendes Demokratiedefizit verantwortlich zu machen. Diese Entwicklung kann umso ungezügelter erfolgen, als die türkischen Eliten seit jeher ein Verständnis für die herausgehobene Rolle der Türkei als regionale Großmacht besitzen und der sich seit geraumer Zeit von Staatspräsident Erdogan vollziehende Elitenwechsel in dieser Auffassung für Kontinuität steht. Mit Blick auf die innenpolitische Entwicklung der Türkei in den letzten zehn Jahren wird zugleich der Zusammenhang zwischen innenpolitischen Rückschlägen und einer zunehmend aggressiver agierenden Außenpolitik deutlich. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in den gänzlich erkalteten Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Auch hier kann der gescheiterte Putschversuch von 2016 und die daraufhin ergangenen innenpolitischen Strangulierungsmaßnahmen gegen oppositionelle Kräfte als Zäsur gewertet werden, die im Resultat auch die langjährige strategische Energiekooperation der EU mit der Türkei negativ beeinflusste.

Diese Gesamtentwicklung der Türkei zu einem zunehmend schwierigen und immer unberechenbareren Bündnispartner ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird in dem Maße, wie zunehmende strategische Unsicherheiten die regionale Entwicklung der Schnittstelle zwischen Europa und Asien weiter aufwerten, mit Pendelausschlägen verbunden sein. Eine zunehmend globalisierte und global tätige Nordatlanti-

sche Allianz, die mit ihren bevorstehenden strategischen und operativen Anpassungen sich weiter von ihren einstigen Kernaufgaben und ihrem definierten Vertragsgebiet entfernt, die anhaltenden Anfechtungen der weltpolitischen Rolle der Vereinigten Staaten, der damit verbundene amerikanische Gewichtsverlust und die auch in der Zukunft auf absehbare Zeit anhaltenden europäisch-amerikanischen Spannungen werden begünstigen, dass die Türkei den eingeschlagenen Kurs fortsetzt, sich ihrer strategisch unersetzbaren Bedeutung bewusst bleibt und ihre Trümpfe zielbewusst zum eigenen Vorteil einsetzt. Die innenpolitische Entwicklung des Landes, ihre zunehmende Ausrichtung am politischen Islam werden dabei als Belastung wirken und die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortentwicklung an den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie beeinträchtigen. Die Flucht der um die Erosion ihrer innenpolitischen Machtbasis fürchtenden AKP in weitere außenpolitische Abenteuer und um den Preis einer fortschreitenden Islamisierung des Landes könnten dabei am Ende nicht nur zu politischer Instabilisierung des Landes ebenso wie zu weiterer bündnispolitischer Unberechenbarkeit und den damit verbundenen Belastungen führen, sondern im Resultat à la longue auch zu einem Machtverlust der heute regierenden AKP und dem Abtritt von Präsident Erdogan führen.

## Literatur

Ansprache Präsident Barack Obamas an das türkische Parlament, Ankara 6. April 2009. Online verfügbar unter <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-obama-turkish-parliament>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.

Briefing des Europäischen Parlaments, Turkey's military operation in Syria and its impact on relations with the EU. Online verfügbar unter [https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-06/PB\\_Turkey\\_in\\_Northwestern\\_Syria\\_June\\_2019.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-06/PB_Turkey_in_Northwestern_Syria_June_2019.pdf); <https://www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-642284-Turkeys-military-operation-Syria-FINAL.pdf>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.

Davotuglu Ahmed: "Strategic Depth. A Neo Ottomanist Interpretation of Turkish Eurasianism." *Mediterranean Quarterly* Bd. 25 (2): 85-104.

- Forrester, Charles: US government sanctions Turkey over S-400 buy. 15. Dezember 2020. Online verfügbar unter <https://www.janes.com/defence-news/news-detail/us-government-sanctions-turkey-over-s-400-buy>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Gieler, Wolfgang (2013): Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik zwischen „Neo-Osmanismus“ und „regionalem Führungsanspruch“ – eine Bestandsaufnahme, in Leïße, Olaf (Hrsg.): Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken, Baden-Baden.
- Gramer Robbie; Livingstone, Katie; Detsch, Jack (3.3.2021): Biden Gives Turkey the Silent Treatment. Online verfügbar unter <https://foreignpolicy.com/2021/03/03/biden-erdogan-turkey-silent-treatment-diplomacy-middle-east-syria-crisis-nato/>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Hale, William (2016): Christian democracy and the GDP, in Yavuz, Haken (Hrsg.): The emergence of a new Turkey. Democracy and the AK Party, Salt Lake City.
- Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung. Inside Libya. Annual Review in Libya 2020. Online verfügbar unter <https://www.csis.org/analysis/moscows-next-front-russias-expanding-military-footprint-libya>; <https://www.kas.de/documents/282499/282548/Inside+Libya+Annual+Review+2020.pdf/86f01d81-14dc-6b29-3f59-d25397ef5254?version=1.0&t=1608045858108>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Johnson, Keith; Robbie, Gramer (19. Juli 2019): “Who Lost Turkey? The blame for Ankara’s antagonistic stance to Washington lies with both sides, a product of decades of misunderstandings.” Foreign Policy.
- Kramer, Heinz (2013): Ist der türkische Beitrittsprozess am Ende?, in Leïße, Olaf (Hrsg.): Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken, Baden-Baden.
- Pressekonferenz von Jens Stoltenberg und Mevlut Cavusoglu am 5. Oktober 2020 zum Berg-Karabach-Konflikt von 2020. Online verfügbar unter [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_178528.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_178528.htm), zuletzt geprüft am 22.04.2021.

- Reuters, Timeline: Turkey's path to buying Russian air defense systems – and possible U.S. sanctions. 22. Juli 2019. Online verfügbar unter <https://www.reuters.com/article/us-turkey-security-usa-timeline-idUSKCN1UH1RB>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Schlitz, Christoph B.: Erdogan löst wegen Österreich Eklat bei der Nato aus. 23. Mai 2017. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article164826942/Erdogan-loest-wegen-Oesterreich-Eklat-bei-der-Nato-aus.html>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Schwerin, Ulrich von. Die neo-osmanische Versuchung. Bonn 2017. Online verfügbar unter <https://de.qantara.de/inhalt/tuerkische-aussenpolitik-unter-erdogan-die-neo-osmanische-versuchung>, zuletzt geprüft am 11.11.2020.
- Spuler-Stegemann, Ursula (2005): Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: 1. Türkei, in: Ende, Werner; Steinbach, Udo: Der Islam in der Gegenwart. Entwicklungen und Ausbreitung; Kultur und Religion; Staat, Politik und Recht, 5. Auflage.
- Statement by President Joe Biden on Armenian Remembrance Day, April 24, 2021. Online verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/04/24/statement-by-president-joe-biden-on-armenian-remembrance-day/>, zuletzt geprüft am 27.04.2021.
- Statement des Generalsekretärs der NATO nach den Konsultationen zu Artikel 4 am 28. Februar 2020. Online verfügbar unter [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_173939.htm?selectedLocale=en](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_173939.htm?selectedLocale=en); <https://www.npr.org/2020/02/28/810307205/nato-meets-after-turkey-says-russian-backed-force-killed-33-troops-in-syria?t=1619017626265>, zuletzt geprüft am 22.04.2021.
- Yavuz, M. Hakan (2003): Islamic Political Identity in Turkey. Oxford.
- Yoldas, Yunus (2013): Das türkische Parteiensystem im Wandel, in: Leiß, Olaf (Hrsg): Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken, Baden-Baden.